

AntragstellerInnen:

Antrag: Bildungsgerechtigkeit

B 2

Gerechte Bildungschancen für alle!

Die Lebenschancen jedes Menschen hängen heute aufgrund der Anforderungen im Alltag und in der Arbeitswelt mehr denn je von guter Bildung ab. Bildung vermittelt soziale und kognitive Kompetenzen, ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und Teil der Erziehung zur Demokratie. Bildung ist ein guter Schutz vor Armut und zugleich eine Frage des gesellschaftlichen Wohlstandes, schließlich ist sie eine der Voraussetzungen für Innovation und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Der Zugang zu guter Bildung, die Förderung aller Kinder und Jugendlichen und bessere Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind zu einer zentralen Gerechtigkeitsfrage geworden, die auch die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes in hohem Maße betrifft.

Jahrzehnte verfehlter Bildungspolitik haben eine Situation geschaffen, die uns für die Zukunft unseres Bundeslandes bangen lässt. Zu viele Schulabbrecher, zu viele Schüler ohne qualifizierten Schulabschluss, zu wenige Abiturienten und Studierende, eine hohe Abwanderungsrate vor allem junger gut ausgebildeter Menschen sind Anzeichen, die ein grundsätzliches Entgegensteuern erfordern. Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wird wesentlich davon abhängen, ob es uns gelingt ein Bildungssystem zu schaffen, in dem junge Menschen aus allen sozialen Schichten möglichst gleichberechtigte Chancen haben. Denn Bildungsgerechtigkeit ist in erster Linie eine Frage der gerechten Lebenschancen jedes und jeder Einzelnen.

Anlass besonderer Sorge bietet insbesondere die sogenannte "Risikogruppe". Trotz PISA-Schock und darauffolgender Reformbemühungen hat sich an deren Umfang nur wenig geändert. Noch immer verlassen ca. 20% der Schulabgänger die Schule ohne ausreichende Grundfertigkeiten in Lesen, Schreiben und Mathematik. In Mecklenburg-Vorpommern verlassen mehr als 10% aller Schulabgänger die Schule ohne qualifizierten Abschluss, ein Drittel mehr als im Bundesdurchschnitt. Aber auch im oberen Leistungsbereich gibt es Probleme. Nur ein knappes Drittel der Schüler besucht eine Schule, die zum Abitur führt, und nur etwas mehr als ein Viertel beginnt im Anschluss ein Studium an einer Hochschule. Diese Quoten liegen ebenfalls weit unter dem Bundesdurchschnitt, vom internationalen Vergleich ganz zu schweigen. Sie sind das Dokument einer verfehlten Bildungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Schwerpunktsetzung der Bildungspolitik in der Herstellung gleicher und gerechter Bildungschancen für alle Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir das Zusammenwirken aller Akteure bei der Kompensation individueller und sozial bedingter Nachteile durch folgende Maßnahmen:

Unterstützung für Familien vor und ab der Geburt der Kinder

Bei der Verbesserung der Bildungschancen muss zum frühestmöglichen Zeitpunkt begonnen werden. Um die Entstehung familiär bedingter Benachteiligungen zu minimieren, müssen durch möglichst vor der Geburt einsetzende Hilfsangebote Eltern, die in einem schwierigen sozialen Umfeld leben, bei der häuslichen Kinderpflege, Ernährung und Erziehung beraten und ggf. unterstützt werden. Diese Hilfsangebote müssen niedrigschwellig und für die Familien kostenfrei sein und über die Pflichtleistungen der erzieherischen Hilfen hinausgehen.

Erhöhung des Personalschlüssels in Kindertageseinrichtungen vorrangig in sozialen Brennpunkten

In Mecklenburg-Vorpommern ist das breite Angebot an Kindertageseinrichtungen mit dem bundesweit schlechtesten Personalschlüssel ausgestattet. Dies führt zu einem Verlust an Qualität. Wenn nahezu jedes Kind in M-V eine Kindertageseinrichtung besucht, müssen auch hier die Chancen gerecht verteilt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass zuerst in sozialen Brennpunktgebieten der Personalschlüssel deutlich erhöht werden muss, um den ErzieherInnen eine Chance zu geben, Kinder individuell zu fördern.

ErzieherInnen besser qualifizieren

Es ist von großer Bedeutung, dass Entwicklungsstörungen frühzeitig erkannt werden, damit darauf über entsprechende Angebote und Maßnahmen qualifiziert eingegangen werden kann. Das Personal in den Kindertagesstätten muss noch umfassender dazu befähigt werden, Benachteiligungen und Entwicklungsverzögerungen zu erkennen und falls erforderlich in Zusammenarbeit mit Spezialisten frühzeitig zu kompensieren.

falls erforderlich in Zusammenarbeit mit Spezialisten frühzeitig zu kompensieren.

Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil der frühkindlichen Erziehung und muss daher in
Kindertageseinrichtungen selbstverständlicher Bestandteil des Angebotes sein. Um
Bildung motivierend und kindgerecht zu vermitteln, um die Freude am Lernen umfassend
zu fördern, die natürliche Neugier der Kinder intensiv zu unterstützen und soziale

zu fördern, die natürliche Neugier der Kinder intensiv zu unterstützen und soziale Kompetenzen nicht nur zu vermitteln sondern auch vorzuleben, bedarf es weiterer

qualifizierender Maßnahmen für das Personal in Kindertageseinrichtungen.

Verstärkte Anstrengungen zur Inklusion in allen sonderpädagogischen Förderbereichen (Unterricht an der Normalschule)

Auch der Schulbeginn ist nicht für jeden gleich. Wenn vom längeren gemeinsamen Lernen die Rede ist, wird fast ein Zehntel der SchülerInnen, das von vornherein oder im Laufe der ersten Jahre an Förderschulen verwiesen wird, davon ausgeklammert. Die Zahlen im Vergleich mit anderen Bundesländern lassen vermuten: die Förderschulen haben teilweise die Funktion übernommen, die in anderen Bundesländern der Hauptschule zukommt: die Aufnahme der 'hoffnungslosen Fälle', denen eine halbwegs störungsfreie Schullaufbahn nicht mehr zugetraut wird. Dabei ist umfangreich nachgewiesen, dass von der Inklusion, also dem Einschluss von Kindern mit Förderbedarf in die Normalschule nicht nur diese sondern auch die Kinder ohne Förderbedarf profitieren. Dafür sind allerdings die erforderlichen räumlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen.

Spezielle Lernmittel, ausreichend Raum für Bewegung und eine ausreichende Zahl von Sonderpädagoglnnen und speziell fortgebildeten Lehrkräften müssen vorhanden sein, damit Inklusion gelingen kann. Besonders blamabel ist es, dass es in 20 Jahren, in denen fast jedes Schulgebäude erneuert wurde, nicht gelungen ist, alle Schulgebäude barrierefrei zu gestalten und mit entsprechenden Hilfsmitteln auszustatten, so dass es in vielen Fällen Kindern und Jugendlichen mit einer körperlichen Benachteiligung nicht möglich ist, eine Normalschule zu besuchen. Sonderbeschulung muss in allen Förderbereichen die

92 Ausnahme und Inklusion die Regel werden.

Produktionsschulen und Produktives Lernen als Regelangebot

Darüber hinaus muss an den Regionalschulen ein Bildungsangebot vorhanden sein, das die individuellen Stärken gerade der lernschwachen Schüler aufnimmt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass an allen regionalen Schulen ab der Klasse 8 sowohl das Angebot des Produktiven Lernens wie auch ein Produktionsschulangebot vorgehalten wird. Die Angebote in der Kombination von berufspraktischen Anteilen und schulischem Lernen haben sich als sehr erfolgreich erwiesen, wenn es um die wieder gewonnene Motivation bereits gescheiterter junger Menschen und die Verbesserung der Einstellungsaussichten gerade auch auf dem 1. Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geht.

Gute Bildung braucht viel Geld und qualifiziertes Personal

Wir wollen Schulen, die Kinder stark machen, die ihnen alle Möglichkeiten bieten, ihre Begabungen und Fähigkeiten zu nutzen und auszubauen. Damit das gelingt, müssen alle Schulen besser werden. Dabei benötigen aber Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld und Schulen, die sich Kindern mit besonderem Förderbedarf und körperlichen Benachteiligungen öffnen, besondere Unterstützung durch erhöhte Personal- und Sachmittelzuweisungen.

Geschlechtergerechte Bildungsangebote, Berücksichtigung unterschiedlicher Lerninteressen sowie geschlechts- und altersbedingter Besonderheiten, Erhöhung des Männeranteils in Erziehungsberufen und Grundschulbildung Bei fast allen schulischen Problemen sind Jungen mehrheitlich betroffen. Das deutet darauf hin, dass Erziehung und Schule zu wenig Rücksicht auf besondere Bedürfnisse von Jungen nehmen. Das bedeutet aber nicht zugleich, dass die Bedürfnisse von Mädchen in der Schule optimal berücksichtigt werden. Wir wollen eine Schule, in der Kinder entsprechend ihrer Entwicklung und ihren spezifischen Interessen und Fähigkeiten optimal gefördert werden. Da es physiologische, psychologische und soziologische Befunde gibt, dass es signifikante Unterschiede in Entwicklung und Lernverhalten zwischen Jungen und Mädchen gibt, wollen wir die Gender-Kompetenz in den Bildungs- und Erziehungsberufen erhöhen und den Erzieher- und Grundschullehrerberuf für Männer attraktiver machen.

Flächendeckendes Ganztagsangebot der Schulen, vorzugsweise als gebundene Ganztagsschule

Damit emanzipatorische Konzepte wirksam werden können, brauchen vor allem benachteiligte Kinder und Jugendliche Struktur und Zeit. Das ist in der Halbtagsschule nicht zu leisten. Der ländliche Raum hat sein früheres Anregungspotential weitgehend verloren. Freie Bewegung in der Natur ist aufgrund der Gefährdungen durch den Straßenverkehr und die technisierte Landwirtschaft ohne erwachsene Begleitung kaum noch möglich. In den Städten gilt das noch viel mehr, aber hier gibt es ein hohes Anregungspotential durch das vorhandene Kultur-, Sport-, Gesundheits- und Unterhaltungsangebot. Deshalb muss primär im ländlichen Raum und in sozialen Brennpunkten, wo Eltern Angebote außerhalb der Schule nicht bezahlen können oder solche Angebote aus anderen Gründen nicht erreichbar sind, die Schule den Wechsel von strukturiertem kognitiven Lernen, sportlicher Bewegung und unstrukturierter Anregung ganztags organisieren. Nur eine Ganztagsschule gewinnt die nötigen Freiräume, um sich für das lokale Umfeld zu öffnen und z.B. Eltern, Vereine, Musikschulen, Volkshochschulen, Unternehmen in der Umgebung in den Schulalltag einzubeziehen.

Eine Schule für alle

- Wir sind nach wie vor überzeugt, dass alle diese Anforderungen optimal in **einer** Schule
- 142 für alle Kinder umgesetzt werden können, die sich emanzipatorisch, integrativ und
- leistungsorientiert versteht. Wir wollen uns deshalb weiter dafür einsetzen und damit vor
- allem da beginnen, wo schon jetzt aus demografischen Gründen Kooperationen zwischen
- 145 Gymnasium und Regionaler Schule unabdingbar sind. Die Grundschule ist bereits eine
- Schule für alle, wenn sie sich auch der Inklusion mehr öffnet. Hier setzen wir uns für
- wohnungsnahe Standorte auch für kleine Grundschulen ein.

148 149

140

Vernetzung der Bildungsakteure in einer Region

- Ganztagsschulen bieten einen zeitlichen Rahmen, in den sich auch Eltern, Vereine,
- 151 Gruppen, Unternehmen der Region mehr als bisher einbringen können. Wir wollen
- grundsätzlich erreichen, dass sich schulische und nichtschulische Akteure einer Region für
- 153 Bildung mehr als bisher verantwortlich fühlen. Regionale Bildungsbüros haben sich als
- hilfreich erwiesen, die Vernetzung der Bildungsakteure einer Region zu fördern.

155 156

157

158

159

160

161

162

Unentgeltliches, gesundes Mittagessen in allen Kitas und Schulen

Ohne ausreichende und gesunde Ernährung können Kinder nicht optimal lernen. Da auch an Nicht-Ganztagsschulen immer öfter Unterricht in die Nachmittagsstunden verlegt wird, müssen alle Schulen eine vollwertige und gesunde Mittagsmahlzeit anbieten. Mahlzeiten in der Schule müssen kostenlos sein, damit Kinder aus armen Haushalten nicht davon ausgeschlossen werden. Für die Einnahme des Essens müssen geeignete Räume bereitgestellt werden. Wir wollen langfristig erreichen, dass gesunde und vollwertige Mahlzeiten in der Schule frisch zubereitet werden können.

163 164 165

166

167

168

169

170

171

172

173

Verbesserung des Hochschulzugangs nach Berufsausbildung

Um den Anteil der Studierenden aus nichtakademischen Familien zu erhöhen, wollen wir die Möglichkeiten erweitern, mit beruflicher Qualifizierung einen fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulzugang zu erreichen. Dazu müssen auf der einen Seite die allgemeinbildenden Anteile an beruflichen Schulen ggf. mit freiwilligen Anteilen verstärkt werden, andererseits müssen die Hochschulen verstärkt Übergangskurse und auf die Voraussetzungen beruflich Qualifizierter abgestimmte Studiengänge anbieten. Wir wollen deshalb die bestehende Möglichkeit des doppelqualifizierenden Bildungsgangs zum Erreichen der Fachhochschulreife in Abstimmung mit den Hochschulen auf die allgemeine Hochschulreife erweitern.

174175176

177

178

Familien armutsfest finanzieren

- Nach Auffassung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedarf es eines umfassenden Konzepts und einer Vielzahl von Maßnahmen, um Bildungsgerechtigkeit in M-V zu erreichen. Die
- Diskussion über ein solches Maßnahmenpaket muss insbesondere zum Ziel haben, die
- sogenannte "Risikogruppe", die unter einem erhöhten Erwerbslosigkeits- und Armutsrisiko
- leben muss, signifikant zu verringern und allen Kindern einen gerechten Zugang zu allen
- 182 Bildungswegen zu ermöglichen.
- Zu den Rahmenbedingungen des Bildungserfolgs gehört immer auch die finanzielle
- Ausstattung der Familien. Die Erhöhung des ALG II, insbesondere die gerechte
- 185 Berechnung der Kindergrundsicherung und die ersatzlose Streichung des Asylbewerber-
- leistungsgesetzes, sind daher auch in diesem Zusammenhang begründete Forderungen
- des bündnisgrünen Landesverbands.